

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 19. Juli 2008

118. Jahrgang Nr. 31.676

Kirchner scheitert mit Agrarzöllen Der Senat stimmte gegen Gesetzesvorlage / Cobos war entscheidend

Buenos Aires (AT/dpa/cal) - Die Regierung von Präsidentin Cristina Kirchner hat mit ihrem Projekt für höhere Agrarzölle eine überraschende Abstimmungsniederlage im Parlament erlitten. Dabei stimmte ihr Stellvertreter, Vize-Präsidenten Julio Cobos, nach einer 18-stündigen, dramatischen Marathonsitzung des Senats am frühen Donnerstagmorgen mit der Opposition. Seine Stimme war als Senatspräsident nach einem Patt von 36 Ja- und 36 Nein-Stimmen ausschlaggebend.

„Politische Kräfte aus anderen Bereichen haben uns unterstützt, andere aus unserem eigenen Lager aber sind abtrünnig geworden“, sagte Cristina Kirchner nach der Niederlage am Donnerstag bei einem Anlass in der Provinz Chaco mit einem deutlichen Seitenhieb auf ihren Stellvertreter. Julio Cobos hatte mit der Opposition gegen deutlich höhere Exportabgaben für Soja- und Sonnenblumenenerzeugnisse votiert.

Argentinische Kommentatoren sehen die peronistische Regierung damit in ihrer schwersten Krise seit dem Antritt des früheren Präsidenten Néstor Kirchner 2003, der das Amt vor sieben Monaten seiner Frau Cristina nach deren Wahlsieg übergeben hatte. Und die rechtliche und politische Lage erschien nach der Abstimmungsniederlage verworren.

Die Erhöhung der Exportabgaben war am 11. März zunächst als einfache Anordnung des Wirtschaftsministeriums in Kraft getreten. Vor einem Monat hatte Kirchner dann wegen des mona-



Schwere Last: Überforderter Vize-Präsident Julio Cobos ringt mit der Antwort.

telangen Widerstandes der Bauernschaft das Parlament einschaltet, damit es die Abgabenerhöhung absegne. Die Anordnung des Wirtschaftsministeriums ist nach Einschätzung argentinischer Rechtsexperten mit der Abstimmungsniederlage jedoch nicht automatisch aus der Welt. Die Maßnahme könne nur von der Regierung aufgehoben werden. Néstor Kirchner hatte jedoch als Vorsitzender der Justizialistischen Partei (PJ) bei einer Großkundgebung am Vortag versichert, die Regierung seiner Frau werde die Entscheidung des Parlaments akzeptieren.

Cristina Kirchner hatte die Zölle auf Soja- und Sonnenblumenenerzeugnisse mit den hohen Gewinnen der Landwirtschaft begründet, die für die Bekämpfung der Armut benötigt würden. Die

Bauern hingegen lehnen die Zölle ab und sprechen von Enteignung. Beide Seiten stehen sich unversöhnlich gegenüber und hatten in Buenos Aires bei parallelen Großkundgebungen am Dienstag – einen Tag vor dem Senatsentscheid – Tausende von Menschen mobilisiert.

Die Regierungsanhänger – rund 95.000 – versammelten sich vor dem Kongresshaus. Als Redner war unter anderem Néstor Kirchner aufgetreten, der einmal mehr gegen die Bauern schoss und sie „Putschisten“ nannte. Er erinnerte die Bevölkerung wiederholt daran, dass die Landwirte bereits in der früheren Geschichte des Landes maßgebend dazu beigetragen hatten, dass eine Regierung geputscht wurde.

Im Stadtteil Palermo kamen die Menschen zusammen, die für die Bauern und gegen die Anhebung der Exportzölle sind. Vor rund 220.000 Personen warf der Bauernführer aus der Provinz Entre Ríos, Alfredo de Angeli, der Regierung vor, die Landwirtschaft und die Provinzen im Landesinneren zu „plündern“. Er rief dazu auf, gegen das Projekt zu stimmen. Die Frage der Abgaben hat jedoch Bedeutung weit über den Fiskal- und Agrarbereich hinaus. Die Politik der beiden Regierungen

Kirchner seit 2003 hält den Peso künstlich niedrig, um die Exporte anzukurbeln und die Importe zu dämpfen. Bei einer solchen Politik droht jedoch eine hohe Inflationsrate zum Beispiel bei Lebensmitteln, deren Export viel lukrativer ist als die Vermarktung im Inland. Diesen Effekt sollte die Erhöhung der Exportzölle dämpfen. Ob Cobos, der aus der oppositionellen Radikalen Partei UCR stammt und sich vor der Präsidentenwahl im vergangenen Jahr mit Kirchner zusammentat, im Amt bleiben wird, ist für viele ungewiss. Denn es ist nicht unbekannt, das ein Politiker, der sich gegen die Regierung stellt, gerne entlassen oder zumindest aufgefordert wird, zurückzutreten. Cobos antwortete später auf die Frage der Journalisten, ob er in der Regierung bleibe: „Ich werde nicht zurücktreten.“

Julio Cobos war am Donnerstag in der Früh im Parlament sichtlich nervös, als er alleine über die Annahme oder Nicht-Annahme der Gesetzesvorlage entscheiden musste. Verständlich: Die Blicke der Landesbevölkerung waren alle auf ihn gerichtet. Dies, nach Monaten, in welchen Gespräche zwischen Vertretern der Regierung und des Agrarsektors nichts gebracht hatten, Straßen von den Bauern tagelang blockiert und die Lebensmittel in den Städten knapp wurden sowie über einige Wochen im Kongress heftig, mit Ausschreitungen, debattiert worden war. Diese Krise hatte die Bevölkerung gespalten. Als „Verbündeter“ von Cristina Kirchner war zudem klar, welchen Entscheid die Regierung von Cobos erwartete.

Schließlich sagte er: „Ich kann (der Regierung) in dieser Frage nicht folgen. Damit übe ich an niemandem Verrat, sondern folge meinem Gewissen.“ Und dann stimmte er gegen seine eigene Regierung. Im Fernsehen sah man traurige Gesichter und Tränenfließen bei Anhängern von Cristina Kirchner und jubelnde Landwirte im Glückesrausch.

SERVICIOS DIGITALES
WWW.MULTIMEDIA.COM.AR

CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Peróns Hände können nicht ruhen

Dem zuständigen Richter wurden Ermittlungsergebnisse gestohlen

Buenos Aires (AT/cal) – Wo sind die Hände von Perón? Noch heute bleibt diese Frage unbeantwortet. Die Ermittlungen sind auch nach 21 Jahren nicht abgeschlossen. Und einmal mehr ist dieser makabere Raub aus dem Sarg jetzt wieder an die Öffentlichkeit gerückt. Denn: Der in diesem Fall zuständige Richter Alberto Baños hat einen Einbruch in seinem Haus in der Provinz Buenos Aires gemeldet. Sein Laptop, Handy und alle Aufzeichnungen seiner Ermittlungen der letzten neun Jahren sind ihm gestohlen worden. „Das war eine professionelle Operation“, sagte Baños überzeugt.

Im Jahr 1987 hatten Unbekannte aus dem Sarg im Chacarita-Friedhof in der Stadt Buenos Aires dem toten Körper des früheren Staatsoberhauptes Juan Domingo Perón die Hände abgetrennt und entwendet. Sie waren nimmer wieder gesehen.

Der erste Richter, der den Fall bearbeitete, starb bei einem ungeklärten Autounfall 1988. Es war nicht der einzige mysteriöse Todesfall in dieser Angelegenheit. Der darauf folgende Richter stellte die Ermittlungen kurzerhand ein. Und dann: 1994 tauchten plötzlich die

Schlüssel des Sarges von Perón auf einem Polizeirevier auf. Hier denn auch nimmt Richter Baños die Ermittlungen wieder auf.

Er zog über zehn Hypothesen in Betracht, wieso die Hände geklaut worden sein könnten. Auch jene der Schweizer Banken. Diese besagte: Die Hände seien abgeschnitten worden, um an Peróns Geld heranzukommen. Der Safe in der Schweiz öffnete sich nur, wenn das digitale Sicherheitssystem die Fingerabdrücke seines Besitzers erkenne. Seit die Schweizer Regierung bestätigt hatte, dass keine Bank im helvetischen Land ein solches System besitze, ist die „geistreiche“ Hypothese endgültig ad acta gelegt worden.

Und so kam Baño schließlich zur Überzeugung, dass das Motiv für den Händeklaut rein politischer Natur gewesen sei. Er studierte ausgiebig die politische Situation von 1987 und stieß am Ende auf einen Verdächtigen: ein ehemaliges Mitglied des militärischen Geheimdienstes mit Decknamen „Milchbrot“.

In juristischen Kreisen heißt es, Baños sei kurz davor gewesen, diesen Ex-Militär vorzuladen.

WOCHENÜBERSICHT

Aerolíneas ist verstaatlicht worden

Die krisengeschüttelte Luftfahrtgesellschaft Aerolíneas Argentinas kommt 18 Jahre nach der Privatisierung wieder unter staatliche Fittiche. Dies teilte der Staatssekretär für Transport, Ricardo Jaime, am Donnerstag in einer Pressekonferenz mit. Bisher war die spanische, private Gruppe Marsans mit 94,91 Prozent der Aktien der Mehrheitseigentümer. Der Staat übernehme auch den Schuldenberg von Aerolíneas Argentinas in Höhe von 890 Millionen Dollar, so Jaime. Der reale Wert der Fluggesellschaft und ihre Übergabe an Argentinien sollen innerhalb der nächsten sechzig Tage definiert und abgewickelt werden. Die Vereinbarung erstreckte sich auch auf das regionale Luftfahrtunternehmen Austral. Die beiden Luftlinien kontrollieren 80 Prozent des argentinischen Inlandsmarktes. Allerdings befinden sich etwa 50 Prozent der Maschinen wegen finanzieller und organisatorischer Probleme zurzeit dauerhaft am Boden.

Shannon will „Differenzen“ beilegen

„Lasst uns in die Zukunft und nicht in die Vergangenheit blicken“, sagte der US-Unterstaatssekretär für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, Thomas Shannon, am Freitag vor einer Woche in der Hauptstadt Buenos Aires. Bei einem Treffen mit Außenminister Jorge Taiana bekundete Shannon Interesse, die Beziehung zwischen Washington und

Buenos Aires wieder zu verbessern. Auch traf er sich zu Gesprächen mit Wirtschaftsminister Carlos Fernández und Stadtregierungschef von Buenos Aires, Mauricio Macri. Wegen eines Ende 2007 in Argentinien illegal eingeführten Geldkoffers war es in den letzten Monaten zwischen den beiden Ländern zu Unstimmigkeiten gekommen. In den USA sind drei Personen festgenommen worden, die – wie die dortige Justiz mitteilte – ausgesagt hätten, das Schwarzgeld sei für die Wahlkampagne der heutigen Präsidentin Cristina Kirchner bestimmt gewesen.

Alt-Nazi Heim in Bariloche vermutet

Er injizierte seinen Opfern Benzin ins Herz und operierte sie ohne Narkose. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges wird der ehemalige KZ-Arzt Aribert Heim gesucht. Jetzt folgen die Nazijäger des Simon-Wiesenthal-Zentrums angeblich einer sehr heißen Spur: Sie führt in den Süden Argentinien nach Bariloche – ein ehemaliger Zufluchtsort für Alt-Nazis. Heim soll dort von mindestens vier Personen in den vergangenen Wochen gesichtet worden sein. Leiter des Wiesenthal-Zentrums, Efraim Zuroff, sagte zudem letzten Montag, man wisse, dass die Tochter des heute 94-jährigen Österreicherers im Süden Chiles lebt und im letzten Jahr 50 Mal nach Bariloche gereist sei. Wer Hinweise bringt, kann mit einer Belohnung von 315.000 Euro rechnen. Tele-

fon: 011 15 3590 4100.

Rinder-Fürze wirken auf Klima ein

Im ersten Moment glaubt man an einen 1.-Aprilscherz: Die „Abgase“ der rund 55 Millionen Rinder in Argentinien sollen Auswirkungen haben auf den weltweiten Klimawandel. Einheimische Wissenschaftler machen zurzeit Versuche. Mittels eines Schlauches sammeln sie die Gase der Rinder in einem riesigen Tank, den sie dem Tier auf dem Rücken geschnallt haben. Vom nationalen Institut für Landwirtschaftstechnologie wird der Inhalt des Tanks schließlich untersucht. Laut CNN sind die ersten Resultate der Untersuchung erschreckend: Die Rinder sollen für etwa 30 Prozent der Emissionen Argentinien verantwortlich sein.

Moyanos Sohn droht Festnahme

Zertrümmerte Computer und zerschlagene Fensterscheiben: Rund 200 Gewerkschafter verschafften sich am Montag gewaltsam Zutritt in den Hauptsitz des Unternehmens Autopista del Sol in der Provinz Buenos Aires. Als Angestellte forderten sie von der Firma, die die Straßengebühren auf Autobahnen einkassiert, eine Lohnerhöhung. Chef dieser Gewerkschaft und Anführer der Protestaktion, Facundo Moyano, ist der Sohn des landesweit bekannten Generalsekretärs vom Gewerkschaftsbund CGT, Hugo Moyano. Ein Staatsanwalt hat wegen Raub und illegaler Inbe-

sitznahme einen Haftbefehl gegen Facundo Moyano beantragt. Der junge Mann weist jede Anschuldigung von sich.

Knochenfund im Botanischen Garten

Zwei Urnen mit Asche, Zähnen und Fingerknochen haben Ermittler letzten Montag im Botanischen Garten in Buenos Aires ausgegraben. Beide seien mit Namen angeschrieben, gab die Menschenrechtskommission der Stadt bekannt. Die Grünanlage im Viertel Palermo war Ende Juni vorübergehend geschlossen worden. Zum einen, weil zwei ehemalige Mitarbeiter bei der Justiz Anzeige erstatten hatten, im Garten seien Menschenreste vergraben. Zum anderen strahlte ein Fernsehkanal mit einer versteckten Kamera aufgenommene Bilder aus. Diese zeigten, wie zwei weitere Mitarbeiter den Botanischen Garten illegal für Filmaufnahmen und Fotosessions für ein paar hundert Pesos vermieteten.

(AT/cal/dpa)

AD Blick
OLIVOS

Gelangen Sie zu Ihren eigenen landwirtschaftlichen Flächen und erfreuen Sie sich dieser mit kontinuierlichen Erträgen

Dirección de Inversiones
mvelbers@adblickagro.com
Tel: (71) 15 5635 1911
Tel./Fax: (5411) 4766-8083
www.adblickagro.com

Nein!

Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt. Dieser wei-se Spruch von Wilhelm Busch passt genau auf den überraschen-den Ausgang der Abstimmung im Senat über den von der Deputiertenkammer mit knapper Mehrheit von 127 gegen 122 Stimmen gutgeheißenen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Ministerialbeschlusses 125 über die beweglichen Exportzölle von Getreide und Ölsaaten.

Allgemein war in politischen Kreisen angenommen worden, dass der Senat den Beschluss der Deputiertenkammer mühelos nachvollziehen würde, besitzt doch die Regierungsfraktion allein eine Mehrheit von 48 Senatoren und mit Alliierten der Radikalen K und anderen etwa 55 von insgesamt 72 Senatoren. Es kam aber in letzter Stunde doch anders. Bis in die frühen Morgenstunden des 17. Juli bei 72 anwesenden Senatoren (eine Rarität im Senat) zählte die Regierungsmannschaft mit 37 Ja- gegen 35 Nein-Stimmen. Als unentschieden geltende Senatoren kippten einer nach dem anderen um, nachdem sieben Justizialisten sich für Nein entschieden hatten. Zuletzt wechselte der Radikale K Emilio Rached aus Santiago del Estero seine Stimme von Ja auf Nein, was zum Patt 36:36 führte und den Vizepräsidenten der Nation Julio César Cleto Cobos als Vorsitzenden des Senats laut Verfassung forderte, im Patt zu entscheiden. Cobos bemühte sich, eine Denkpause einzuschalten, damit die Regierung ein neues Projekt ausarbeite, was der Senat auf Geheiß der PJ-Fraktionsvorsitzenden ablehnte. Daraufhin stimmte Cobos mit Nein und besiegelte das Schicksal des Gesetzentwurfs, das in der laufenden Sitzungsperiode nicht mehr behandelt werden darf.

Sicherlich waren viele Nein-Stimmen im Senat von der unglaublichen Volksversammlung in Palermo vom Vortag beeinflusst worden, wo sich über 200.000 Menschen freiwillig aus dem Landesinneren, der Stadt Buenos Aires und Umgebung einfanden, um den Vorsitzenden der vier führenden Agrarverbänden und dem rethorisch besonders erfolgreichen Agrarsprecher aus Gualaguaychú Alfredo de Angeli zu lauschen. Wie Du mir so ich Dir, dachte im Gegenzug Expräsident Néstor Kirchner, als er zeitgleich eine Versammlung vor dem Kongress einberief, die Gewerkschafter und Aktivisten mit Omnibussen und Geldgeschenken organisierten. Etwa 80.000 Mitläufer kamen und hörten der Brandrede Néstor Kirchner zu, der allerlei erfundene Feinde kritisierte, die Exportzölle als Instrument der Umverteilung pries, aber zum Schluss gelobte, die Entscheidung des Senats anzuerkennen, wie immer sie ausfiele.

Die Agrarfürher hatten der Empfehlung der Oppositionspolitikerin Elisa "Lilita" Carrió Folge geleistet, als sie die Volksversammlung in Palermo einberiefen, um von den Straßen aus Druck auf den Senat auszuüben, ebenso wie es ihnen am 20. Juni in Rosario gelungen war, eine Volksversammlung auch auf freiwilliger Basis einzuberufen, die im Vergleich zu der zeitgleich in Salta zur Feier des Tages der Fahne von der Regierung organisierten Kundgebung mit ungleich weniger Gefolgschaft hervorstach. Die Stimme des Volkes hatte für die Landwirtschaft und gegen die Regierung entschieden, wie es auch die Umfragen bezeugten, die die Zustimmung zu dem Kirchner-Ehepaar auf unter 20 Prozent von vorher mehr als 50 Prozent verringerten. Der 127-tägige Konflikt der Regierung mit den Landwirten hatte sich für die Regierung als unnötig und negativ erwiesen und der Wirtschaft mit gewaltigen Umsatzeinbrüchen einen unermesslichen Schaden zugefügt.

Nach dem Nein des Senats muss die Regierung befinden, wie sie mit den Exportzöllen fertig wird. Der Ministerialbeschluss 125 gilt nicht mehr und muss formell widerrufen werden. Der Kongress hat plötzlich ein Eigenleben entwickelt. Bisher hatte die Exekutive die Stimmen der Deputierten und Senatoren nach Belieben mit Geldgeschenken oder anderen politischen Vergünstigungen manipulieren können. Die Parlamentarier galten im Volksempfinden nur noch als Notare, die formell die Entscheidungen der Exekutive nachvollziehen. Der Senat hat bewiesen, dass es auch anders ausfallen kann, unbeschadet der käuflichen Stimmen Ja-sagender Senatoren.

Die Koalition zwischen dem Parteisiegel "Front für den Sieg", mit

dem Expräsident Kirchner die Justizialisten einbezog, und den Radikalen der Sorte K (Gouverneure wie Cobos in Mendoza bis Ende 2007, Bürgermeister und Parlamentarier) ist mit den Neinstimmen von Rached und Cobos in die Brüche gegangen. In der Justizialistischen Partei ist eine starke Opposition entstanden, darunter die Expräsidenten Carlos Saúl Menem, Eduardo Duhalde, Adolfo Rodríguez Saá und Ramón Puerta.

Es kam zweitens anders als man erstens dachte. Argentinien ist politisch ein anderes Land nach dem Nein-Sieg im Senat geworden. Die Regierung muss neu anfangen, um die schweren Probleme zu meistern, die auf sie zukommen. Für Abwechslung wird auf jeden Fall gesorgt werden.

„Sportliche“ Hausdurchsuchungen

Buenos Aires (AT/dpa/cal) - Die Justiz hat am Freitag vor einer Woche im Rahmen von Ermittlungen zu möglichen Betrügereien bei dem Verkauf von Fußballspielern an ausländische Clubs insgesamt 110 Büros und Häuser durchsuchen lassen. Einem Bericht der Tageszeitung "Clarín" zufolge wurden bei den Aktionen in verschiedenen Teilen des Landes, an denen etwa 600 Polizisten im Einsatz waren, mindestens 15 Personen festgenommen. Betroffen seien die Büros mehrerer Fußballclubs der ersten Liga, darunter Club Atlético Lanús und Racing, sowie das italienische Konsulat in dem Seebad Pinamar, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Telam.

Der zuständige Ermittlungsrichter Norberto Oyarbide schließe unter anderem nicht aus, dass italienische Pässe gefälscht worden sein könnten. Argentinische Spieler beantragen oft die Staatsbürgerschaft eines europäischen Landes, aus dem ihre Vorfahren einwanderten, bevor oder während sie an europäische Clubs verkauft werden. Dies steigert ihren Markwert, weil sie dann von den europäischen Clubs nicht als ausländische Spieler deklariert werden müssen. Die zulässige Anzahl ausländischer Spieler ist in fast allen nationalen Ligen begrenzt.

Randglossen

Vizepräsident Julio Cobos ist der Held des Tages, weil er gewagt hat, als Vorsitzender des Senats nach einer Pattabstimmung den Gesetzentwurf der Exekutive über die beweglichen Exportzölle mit seinem Nein zu kappen. Cobos war Ende Oktober 2007 als Formelpartner der Präsidentin Cristina Kirchner gewählt worden und galt als Garant der Allianz zwischen der Exekutive und den Radikalen der Sorte K, die ihre UCR-Partei verraten hatten. Als Spezialist für Parteienverrat hat Cobos jetzt die erwähnte Allianz mit dem Ehepaar Kirchner ebenfalls verlassen. In der Volksmeinung wird ihm dieser Verrat hoch angerechnet, weil er in eigener Überzeugung und nicht auf Geheiß seiner Formelpartnerin gehandelt hat. Die gleiche politische Handlung, lies das Nein von Cobos, schillert in verschiedenen Farben in der Landespolitik.

Bevor Cobos sein denkwürdiges Nein aussprach, bemühte er sich vergebens, einen Ausweg zu finden, um selber nicht Stellung nach einem Patt nehmen zu müssen. Sein Antrag nach dem Patt, eine Denkpause zu beschließen, damit die Exekutive mit einem neuen Projekt über die strittigen Exportzölle aufwarte, wurde von den Fraktionschefs der Regierung und Opposition kurzerhand abgelehnt. Danach war Cobos gefordert, Stellung zu beziehen, was er nach einer kurzen Rede widerstrebend tun musste. Für sein Nein entschuldigte er sich, falls er einen Irrtum begangen habe, und dann bezog er sich auf sein Gewissen, als er sagte, er könne das Regierungsprojekt über die beweglichen Exportzölle nicht gut heißen, weil es den Konflikt mit der Landwirtschaft nicht löse, was entschieden zutrifft. Seither schwellen erregte Befürworter der Landwirtschaft in Lobeshymnen für Cobos, Verrat hin oder her.

AUTO UND MOTOR

Hundert Jahre Autobahnen

1908, also vor genau hundert Jahren, entstand in Argentinien die erste Autobahn. Die Feststellung ist durchaus nicht übertrieben. Damals zirkulierte eine Handvoll Automobile in Buenos Aires, die aber ausschließlich die Straßen bevölkerten. Eine Ausfahrt aber, etwa nach Luján oder Mar del Plata, scheiterte meist an dem grundlosen Morast in der Umgebung der Hauptstadt.

Zu allem Überfluss bevölkerten Rinder und Pferde die Straßen, was für die geplagten Chauffeure eine zusätzliche Gefahr darstellte.

Deshalb beschloss 1908 der Touring Club Argentino (TCA), auf einer der beliebtesten Ausflugsstrecken Richtung Tigre einen Weg herzurichten, der durch Drahtzäune und Hinweise sowohl für Pferdefuhrwerke als auch für Tiere unzugänglich sein sollte.

Unter der Leitung von Ingenieur Horacio Anasagasti begann man mit primitivem Baugerät, einen knapp fünf Kilometer langen Weg zwischen Nuñez (dort, wo sich heute der Tiro Federal befindet) und der Eisenbahnstation Olivos einen Fahrdamm einzuebnen, auf dem ausschließlich Automobile verkehren durften. Zwar noch Erdbelag,

aber immerhin ohne Abflussrinnen und Schlaglöcher. Länge: genau 4755 Meter.

Es war natürlich keine vierspurige Autobahn im heutigen Sinn, sondern lediglich ein eingezäunter Feldweg, aber immerhin: hier konnten die Herren Automobilisten sich ausleben, ohne Gefahr zu laufen, im Morast steckenzubleiben.

Bis Mitte der dreißiger Jahre, als mit dem Bau der Fernstraßen begonnen wurde, tat sich dann praktisch nichts. Autobahnen entstanden zwar in Italien und in Deutschland, doch Argentinien war zu weit entfernt und die Autos zu spärlich gesät, als dass man an mehrspurige Autobahnen hätte denken müssen.

Erst 1940 erhielt Buenos Aires, erhielt Argentinien seine erste echte Autobahn: nämlich die Ringstraße Avenida General Paz, in weiser Voraussicht großzügig geplant und gebaut, vierspurig mit Mittelstreifen und Brücken bei den Eisenbahnkreuzungen.

Heute besitzt Argentinien bereits eine erstaunlich große Anzahl von mehrspurigen Automobilverkehrsstraßen, auf die in einer kommenden Kolumne näher eingegangen werden soll.

Rodin in Buenos Aires

Mehr als nur die Ausstellung im Museo Nacional de Arte Decorativo Von Katharina Guderian

Buenos Aires (AT) - Kaum jemand schenkt ihm Aufmerksamkeit. Er ist in einem erschreckenden Zustand. Mit Graffiti besprüht und Farbschmierereien übersät muss ‚Der Denker‘ des französischen Bildhauers François Auguste René Rodin auf der Plaza Lorea 200 Meter vor dem Kongress in Buenos Aires nicht nur seit 1907 der Witterung standhalten, sondern wurde zum Opfer von Aggression und Zerstörungswut. Einst ein Symbol für Verstand, Reflexion und Stärke, sitzt er jetzt auf seinem Sockel wie ein Häufchen Elend und scheint den Idealen den Rücken gekehrt zu haben. Resignation statt Inspiration. ‚Der Denker‘ in Buenos Aires ist der einzige Bronzeguss dieses künstlerischen Meisterwerkes mit unschätzbarem historischem Wert in ganz Südamerika. Und doch gehen die Passanten an ihm vorbei, ohne ihren Blick zu heben. Zur Rodin-Ausstellung im Museo Nacional de Arte Decorativo an der Avenida del Libertador strömen die Besucher allerdings in Scharen.

Alleine am Eröffnungstag, dem 12. Juli, hatte die Ausstellung ‚La Era de Rodin‘ mehr als 2100 Besucher. Im monumentalen Rahmen des historischen Bauwerkes werden noch bis zum 14. September dienstags bis sonntags von 14 bis 19 Uhr 46 Werke von Rodin gezeigt - darunter einige seiner berühmtesten wie ‚Der Denker‘ (1880) und ‚Der Kuss‘ (1886) -



Rettungsbedürftiger „Denker“.

(Foto: kat)

sowie weitere 30 Arbeiten seiner Zeitgenossen. Die gedrängte Masse der Kunstwerke ist überwältigend, ebenso wie der Andrang im Museum. Es bietet sich an, den Besuch der Ausstellung auf mehrere Tage aufzuteilen, um die Skulpturen mit genügend Ruhe genießen zu können, da der Eintritt nur zwei Pesos beträgt und dienstags kostenlos ist.

Auch wenn die Beleuchtung im Museum nicht ideal sein mag, so dass sich das für Rodin typische Wechselspiel zwischen Licht und Schatten auf den Skulpturen voll entfalten kann, der Besuch der Ausstellung lohnt sich. Mehr Rodin auf einem Fleck gibt

es in Buenos Aires sonst nirgends.

Ein einzigartiger Stilist

Rodin gehört zu den bedeutendsten Persönlichkeiten der Bildhauerei des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Er wird als letzter großer klassischer Bildhauer, gleichzeitig aber auch als Wegbereiter der Moderne angesehen, der neue Maßstäbe vor allem auf dem Gebiet der Plastik und der Skulptur setzte. Er versuchte sich in neuen Darstellungsformen, ohne dabei jedoch die Tradition aus den Augen zu verlieren. Es ist schwierig, seinen Stil einzuordnen: symbolische Allegorien mit impressio-

nistischem Realismus, expressionistischer Dynamik und einem Hauch von Romantik. Durch das Spiel des Lichtes haben die Figuren eine malerische Lebhaftigkeit. Rodin schaffte es, menschliches, seelisches Befinden aus dem Körper heraus in Stein oder Metall zu bannen. Nicht nur ganze Figuren und Gesichter leben, sondern selbst isolierte Körperteile wie Hände zeigen das Wesen eines gefühlten Momentes. Das non-finito ist dabei ein bedeutendes Stilmittel seiner Werke. Nicht wie Michelangelo ließ er manche unvollendet, weil es ihm an Geld oder der nötigen Selbstsicherheit fehlte. Er integrierte das Fragmentarische als ausdrucksstarkes Stilmittel. Auch weit seiner Zeit voraus war er mit seinen Assemblagen, wobei er durch die Neukombination von Teilen bereits bestehender Werke andere Sinnzusammenhänge erschloss.

Auf dem Weg zum Ruhm

Rodin wurde am 12. November 1840 in Paris geboren. Er entdeckte sein Interesse für die Bildhauerei ab 1854 an der Petite École, die eigentlich für die Ausbildung von Kunsthandwerkern bestimmt war. Während seiner dreijährigen Schulzeit versuchte er mehrmals vergeblich, an der berühmten École des Beaux-Arts aufgenommen zu werden - vielleicht eine glückliche Fügung, denn an dieser Schule wäre er strenger an die klassischen Nor-

men gebunden gewesen. Nach dem Tod seiner Schwester 1862 trat er in den Orden der Pères du Saint-Sacrement ein. Doch nicht das Priesteramt entpuppte sich als seine Berufung, sondern die Kunst: In einer Bretterbude im Ordensgarten widmete er sich seiner Leidenschaft. Zwei Jahre später wurde Rodin Schüler von Albert-Ernest Carrier-Belleuse, folgte diesem 1870 nach Brüssel, aber trennte sich nach heftigen künstlerischen Konflikten wieder von ihm. In der Folgezeit führte Rodin öffentliche Aufträge aus und erfuhr dadurch seine erste künstlerische Anerkennung. In den Jahren 1875/76 unternahm Rodin eine Studienreise nach Italien, um das Geheimnis Michelangelos zu entschlüsseln. 1877 kehrte er nach Paris zurück, 1880 erhielt er den Auftrag, das Portal für das Musée des Arts Décoratifs zu gestalten. An diesem ‚Höllentor‘ arbeitete er annähernd 37 Jahre, ohne es zu

vollenden. Doch einige Figuren daraus, wie auch ‚Der Denker‘, isolierten sich aus ihrem ursprünglichen Kontext und erhoben sich zu eigenständigen Kunstwerken. Drei Jahre später lernte Rodin Camille Claudel kennen, die ihm in den folgenden 15 Jahren als Assistentin, Modell und Geliebte zur Seite stand.

Das unbezahlte Sarmiento-Monument

Zwischen 1886 und 1890 erhielt Rodin die Aufträge für einige seiner berühmtesten Werke, ‚Die Bürger von Calais‘, die Skulptur Victor Hugos und das Porträt von Honoré de Balzac; gegen Ende der 90er schaffte er den öffentlichen Durchbruch. Rodin ließ sich 1894 in Meudon nieder und scharte dort einen Kreis junger Schriftsteller und Künstler um sich. Es folgten zahlreiche Ausstellungen, u.a. bei der Weltausstellung in Paris (1900), und Eh-

rentitel von Universitäten. Im Jahr 1895 beauftragte Aristóbolu del Valle von der Kunstkommission von Buenos Aires den französischen Bildhauer mit einem Denkmal für den ehemaligen Präsidenten Domingo Faustino Sarmiento. Somit war Buenos Aires eine der ersten Städte der Welt, die das seltene Privileg erhielt öffentlich eine Skulptur von Rodin auszustellen - auch wenn Rodin nicht bezahlt werden konnte, weil die Bank, in welcher die Geldmitteln angelegt waren, bankrott machte. Dennoch wurde das Monument am 25. Mai 1900 in den Gärten von Palermo eingeweiht. 1907 bezog Rodin sein Stadtatelier im Hôtel Biron, das heute das Musée Rodin beherbergt. In dem Buch ‚Die Kunst‘ verewigte er 1911 seine Kunsttheorie. Im Alter von 76 Jahren heiratete Rodin eine andere langjährige Lebensgefährtin, Rose Beuret, die er bereits 1864 kennengelernt hatte. Am 17. November

1917 starb er in Meudon.

Der Bildhauer in Buenos Aires

Die Ausstellung im Museo Nacional de Arte Decorativo ist nicht die einzige Möglichkeit in Buenos Aires, Rodins Werke zu bewundern. Wer sie verpasst, kann sich in der Dauerausstellung des Museo Nacional de Bellas Artes 16 Werke des Künstlers aus Marmor, Bronze und Gips, sowie eine Terrakotta-Studie von dem ‚Kuss‘ ansehen. Außerdem gibt es schon einige Regierungsinitiativen, unter anderem der Abgeordneten von Buenos Aires Teresa Anchorena (Coalición Cívica), den ‚Denker‘ auf dem Plaza Lorea zu retten und ihn auf seinen ursprünglichen Bestimmungsort, die Stufen des Kongresses zu verlegen. Dies soll innerhalb des nächsten Monats geschehen. Vielleicht erhält er dort die Wertschätzung, die ihm gebührt.

ZU DEN WINTERFERIEN

Vogelparadies Argentinien

Argentinien besitzt vier ausgesprochen tropische Naturparks: Iguazú, Baritú, Calilegua und Finca El Rey. Ein nahezu undurchdringliches Dickicht, in dem sich nicht nur Urwaldtiere tummeln, sondern auch die schönsten Vögel nisten, flattern und musizieren.

Hinzu gesellt sich ein landschaftlich ähnliches Reservat, nämlich das Inselgewirr des Pre Delta, das bei Diamante (Entre Ríos) beginnt und sich durch das Schwemmland des großen Paraná hinunterschlingt.

Nun hat die Administración de Parques Nacionales (APN) ins Auge gefasst, ein weiteres, ähnlich gestaltetes Natursanktuarium zu schaffen. Es handelt sich um zahlreiche kleinere und größere Inseln, die nicht vom Paraná, sondern von einem Seitenarm, dem Brazo Coronda, umspült werden.

Das alles liegt gleich im Norden von Rosario. Die nahe oder direkt am Fluss liegenden Orte hier heißen San Lorenzo, Maciel, Gaboto oder Coronda. Die Inseln ihrerseits besitzen nichtssagende oder zumindest für den Außenstehenden unbekannt Namen, die oft die der Siedler oder der dort lebenden Fischer sind. Aber immerhin: einige haben (in diesem Zusammenhang) wirklich suggestive Bezeichnungen wie etwa Isla del Encanto oder Isla de los Pájaros.



Naranjero (Blaue Tersine oder Frutero) aus Mesopotamien.

Eben: die Vielfalt der hier absolut ungestört nistenden Vogelwelt ist riesig, und dieses Paradies nun will man schützen. Noch liegt das zu reservierende Areal nicht fest, und es ist auch schwierig, das Gebiet genau abzugrenzen, weil die Inselwelt sich fortwährend ändert.

Jedenfalls liegt dieser künftige Naturpark gegenüber der Ortschaft Maciel und dem Binnenhafen Gaboto. Hier mündet der von den Bergen Córdobas herunterkommende Carcarañá in den Brazo Coronda. Dieser Carcarañá heißt ursprünglich Río Tercero und ändert den Namen seines Unterlaufes, wenn er in die Provinz

Santa Fe einströmt. Und an eben diesem Ort wurde vor knapp fünf Jahrhunderten Geschichte geschrieben, als nämlich 1527 der venezianische Seefahrer Sebastián Cabot oder Gaboto auf seiner Erkundungsfahrt zu den Spezereien in den Río de la Plata einbog und dann den Paraná flussaufwärts bis zur Mündung des besagten Carcarañá hinauffuhr, um dort eine Siedlung zu gründen.

Genau 827 Tage blieben die bärtigen Weißen hier, bis sie sich endgültig mit den benachbarten Eingeborenen überwarfen und diese das Lehmhüttendorf anzündeten.

Hier entstand auch die erste bo-

denständige Industrie Argentinien: in einer Werft legte man ein flussgängiges Segel- und Ruder-schiff auf Kiel, mit dem Gaboto sich auf die Suche der legendären Sierra de la Plata, den Silberbergen machen wollte.

Puerto Gaboto war gleichzeitig auch ein Fort, das man Fuerte Esperanza nannte oder Sancti Spiritus. Der deutsche Abenteurer Útz Schmidl berichtet davon in seinen ‚Historien einer wunderbaren Schifffahrt‘.

Dass die APN ausgerechnet dieses Gebiet als einen der nächsten zu schaffenden Naturparks ins Auge gefasst hat, hat auch politische Gründe: Santa Fe besitzt

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.



Flyer
Lufthansa
City Center

(Zona Norte)

Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

nämlich noch keinen eigenen Nationalpark, der stets ein Prestige-Projekt für die Provinz ist.

Die Inselwelt ist natürlich noch jungfräulich. Um Besucher empfangen zu können, muss daher zunächst eine Infrastruktur geschaffen werden: Blockhütten, Wanderpfade, Aussichtsboote.

Man schätzt, dass sich auf den Inseln mindestens 200 Vogelarten tummeln, dazu Kriechtiere, Yacarés, der Sumpfhirsch, das Wasserschwein, Nutrias usw. Wenn der künftige Nationalpark, dessen Name noch gar nicht feststeht, einmal abgegrenzt ist, können dann die Parkwächter und Spezialisten

an eine annähernde Bestandsaufnahme denken.

An dieser Stelle ist der Paraná mehr als 30 Kilometer breit bis zur Küste von Entre Ríos zwischen Diamante und Victoria. Doch die dazwischen liegende Inselwelt ist nun schon ein anderer, bereits existierender Nationalpark, wie schon erwähnt Pre Delta genannt.

Übrigens: Überhaupt ist Argentinien ein einmaliges Vogelparadies. Die Zeit sind von den Wissenschaftlern 976 Spezies registriert, in der Praxis dürften es wohl mehr als Tausend sein. Für Vogelliebhaber ist unser Land längst ein beliebtes Reiseziel.

Marlú



Der Palisaden-Nachbau des Fuerte Gaboto.

Wenn Geschichte Theater schreibt

In „Elsa“ kommen Erinnerungen an ein bewegtes Leben auf die Bühne

Von Diana Hörger

Buenos Aires (AT) - Man kann die Begeisterung Jürgen Bergers für die Hauptdarstellerin seines Stückes „Elsa“ nachempfinden: Ellen Wolf ist mit ihren 81 Jahren topfit und strahlt die Energie, die sie in den letzten Zügen vor der Premiere am 19. Juli gebrauchen kann, sichtlich aus. Vergnügt sitzt sie auf der Ledercouch und erzählt in ihrer kurzen Probenpause von der ersten Begegnung mit Berger, witzelt über ihre „lange“ Freundschaft. Mit dieser Ausstrahlung hat alles begonnen. Vor fast genau einem Jahr, im August 2007, sah der Journalist Berger die Schauspielerinnen Wolf damals im Stück „La omisión de la familia Coleman“ in Buenos Aires auf der Bühne und war hin und weg: „Ich war von der Präsenz dieser Frau fasziniert.“

Auch im wahren Leben beeindruckte die Schauspielerin den Theaterkritiker. Bei den folgenden Treffen der beiden wurde Jürgen Berger schnell klar, dass es sich hier um eine außergewöhnliche Frau mit einer ebenso außergewöhnlichen Geschichte handelt.

Diese Geschichte beginnt im Jahr 1933, als der Vater das jüdische Mädchen von Stuttgart in die Schweiz schickt, um sie vor den Ausschreitungen des Nationalsozialismus zu bewahren. Nach sechs Jahren dort kommt Ellen schließlich nach Argentinien. Bis dahin gleicht ihr Leben schon einem Roman, doch es soll nicht bei einer Prüfung bleiben. Nach der erfolgreichen Flucht in ein scheinbar sicheres Land kommen nach Kriegsende erst einige Nazis über den Atlantik und gute dreißig Jahre später eine neue Diktatur an die



Eine schöne Begegnung: Ellen Wolf und Jürgen Berger.

(Foto: dia)

Macht. Soldaten entführen Anfang des Jahres 1977 eine von Ellens Töchtern, die sich politisch engagiert hatte. Damals reichte es schon aus „links“ zu stehen, um der Militärdiktatur ein Dorn im Auge zu sein, erinnert sich Ellen Wolf. „Die haben jeden umgebracht.“ Wie viele der Verschwundenen, taucht auch Ellens Tochter nie wieder auf: „Ich hatte damals schon ein komisches Gefühl und damit leider Recht behalten.“ Ellen muss, verwitwet, nun allein für den Enkel sorgen, den die Militärs zum Glück zurückgelassen haben. Aber auch für den Rest der Familie übernimmt sie die Verantwortung, nicht nur finanziell. Jürgen Berger formuliert es so: „Sie musste weitermachen. Sie musste sich um die Familie kümmern und

wollte den anderen Kindern dabei ein bestmögliches Leben ermöglichen.“

Ein Leben, das viel Gesprächsstoff liefert. Stundenlang unterhielten sich der Journalist und die Aktrice, die erst mit 70 anfang, Schauspielunterricht zu nehmen. Die beiden trafen sich in Buenos Aires, Paris und Stuttgart. „Ich war hinterher fix und foxi“ schmunzelt Berger, „und die Ellen hat gesprüht, man hat ihr nichts angemerkt.“ Zunächst dachte Ellen Wolf nur, dass Berger ihre Geschichte in einer deutschen Zeitung veröffentlichen würde. Doch zusammen mit dem Dramatiker Armin Petras entschließt sich der Kritiker, ein Theaterstück zu schreiben, das auf dem spannenden Leben der Ellen Wolf basiert.

Dafür sollte er zunächst „nur“ die Recherchen einholen. „Aber als ich dann so viel Material beisammen hatte, meinte Armin: „Schreib Du das Stück!“ So entstand aus den Erzählungen Ellens, ihrer Tochter und ihres Enkels, sowie aus der Feder Jürgen Bergers das Bühnenwerk „Elsa“.

„Das Erinnern fiel mir nicht schwer“, meint Ellen. Dass Erinnerungen allerdings nichts Statisches, sondern immer im Wandel sind, musste auch Jürgen Berger bei der Arbeit feststellen: „Die Realität ist so komplex, dass jeder von uns nur Teile davon wahrnimmt, und wenn wir dann davon erzählen, dann fangen wir wieder an, unterschiedliche Teile zusammenzusetzen.“ Gerade deshalb funktionieren Erinnerungen auch immer nur alleine und nie gemeinsam, sagt Berger, und auch das Stück sollte nicht mit dem wahren Leben verwechselt werden.

„Die Geschichte fußt auf Details von Ellens Leben. Was ich daraus gemacht habe, ist aber Fiktion.“ Streng genommen sei jede Erinnerung Fiktion, meint der Journalist. Er lächelt. Ellen und er sind sich immer noch nicht ganz einig, wie genau sich ihre erste Begegnung im August 2007 zugeht. Eines ist allerdings sicher: Beide haben schöne Erinnerungen daran.

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Wolfgang Federico Lahusen, am 11.7.; **Agathe Scherzer geb. Breuer**, 98, am 13.7.; **Cristina Anaya verw. Welz u. verw. Breuer**, 103, am 15.7.

Der Hochgeschwindigkeitszug versandet

Der Vertrag zwischen der argentinischen Regierung und einem von der französischen Alstom geführten Konzern über den Bau einer Hochgeschwindigkeitseisenbahn von Buenos Aires über Rosario bis Córdoba, kann zunächst aus formellen Gründen nicht weitergeführt werden. Die finanziellen Kosten übersteigen jetzt die Höchstgrenze, die zwischen der Regierung und der französischen Bank Natixis festgesetzt worden sind. Der Vertrag sieht fest, dass eine Versicherungsrate gegen Default (die sogenannten "credit default swaps" auf 10 Jahre) von über 800 Punkten den Vertrag unterbricht, so dass zunächst die Anfangszahlung, zu der sich die Regierung verpflichtet hatte, ausbleibt. Am Montag erreichte die Rate 804 Punkte. Im Januar lag diese Rate bei 550, im März erreichte sie fast 700 Punkte und ab Anfang Juni stieg sie ununterbrochen ab 650 bis auf den heutigen Stand.

Wie weit es sich um eine sekundäre Folge des Konfliktes mit der Landwirtschaft handelt, sei dahingestellt. Abgesehen davon taucht das Gespenst eines neuen Defaults in letzter Zeit immer stärker auf. Das Wirtschaftsministerium hat schon dieses Jahr grosse Mühe, die Amortisationen der bestehenden Staatspapiere zu decken, und nächstes Jahr müssen u\$ 20 Mrd. aufgebracht werden. Als letzte Lösung besteht stets die Möglichkeit, einen Teil der hohen Devisenreserven der ZB dafür einzusetzen, so dass die ZB dann dafür einen Schuldschein des Schatzamtes erhält, wie es bei der vorzeitigen Zahlung der Schuld von fast u\$ 10 Mrd. an den IWF der Fall war. Das würde jedoch ein offenes Defizit der Staatsfinanzen darstellen, das wie in früheren Zeiten (vor der Konvertibilität) mit Vorschüssen der ZB gedeckt wird.

Der ehemalige Präsident und jetzt Vorsitzender der Justizialistischen Partei, Néstor Kirchner wurde bei einer Rede vor Intellektuellen (die ihn mehrheitlich unterstützen), die er in der Vorwoche in der Nationalbibliothek hielt, ausgepiffen, als er sich auf das Projekt über den Hochgeschwindigkeitszug bezog, an dem er immer noch festhält. Dieses unsinnige Projekt muss zum Glück immer mehr Hürden überwinden. Der Bundesjustiz liegen zwei Strafanzeigen vor, die Anwaltschaft für Untersuchung von Unregelmässigkeiten der Nationalverwaltung prüft den Fall ebenfalls, und die Organisation "Poder Ciudadano"

hat eine Untersuchung des Spezialisten für Transparenzfragen, Nicolás Dassen, bekanntgegeben, die zu verheerenden Schlussfolgerungen kommt.

Im April, drei Monate nach der Zuteilung an den von der französischen Alstom geleiteten Konzern, hat die Regierung die Finanzierungsbedingungen grundsätzlich geändert: das Projekt wird nicht mehr von der Bank Société Generale auf 16 Jahre zu 5,2% jährlich finanziert, sondern von der Bank Natixis auf 30 Jahre zu einem Zinssatz zwischen 12% und 16% jährlich. Allein dies hätte eine neue Ausschreibung erfordert. Der Voranschlag für das Projekt wurde stillschweigend von u\$ 1,35 auf u\$ 4 Mrd. erhöht, womit das Projekt grundsätzlich anders geworden ist. Fachleute, die sich mit dem Projekt befasst haben, sind der Meinung, die Kosten würden schliesslich auf u\$ 10 Mrd. steigen. Ausserdem wird beanstandet, dass die Nationaldirektion für öffentliche Investitionen kein Gutachten über die Wirtschaftlichkeit und Priorität abgegeben hat, wie es das Gesetz 24.354 vom Jahr 1994 erfordert. Ferner werden Mängel an den Lastenheften hervorgehoben, die u.a. Alstom begünstigt haben.

Hinzu kommt noch die Kritik von Wirtschaftlern und Transportfachleuten, die sich auf das hohe Defizit bezieht, das diese Eisenbahn dem Schatzamt aufbürden würde, ebenso auf den Umstand, dass das Projekt bei der Prioritätenliste möglicher Staatsinvestitionen weit unten liegt. Ohne Subvention würde die Passage kaum unter der des Flugzeuges liegen, so dass die Zahl der Passagiere minimal wäre. Doch auch bei billigen Passagen besteht kein ausreichender Personenverkehr, um eine so hohe Investition zu rechtfertigen.

Es ist auf alle Fälle ein glücklicher Umstand, dass die Rate der Defaultversicherung auf über 800 gestiegen ist, da dann die gerichtlichen Verfahren fortschreiten können, und schliesslich das Projekt ganz zu Fall bringen könnten, auch wenn die Defaultversicherungsrate wieder sinkt. Es ist positiv, dass von so verschiedenen Seiten eine so heftige Reaktion gegen diese extreme Unvernunft aufgekommen ist, die der Wirtschaft und der Gesellschaft einen enormen Schaden zugefügt hätte. Wenn der Hochgeschwindigkeitszug jetzt versandet, so trotz und nicht wegen der Kirchners.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss letzte Woche zu \$ 3,05, um 3,79% unter Ende 2007. Der Rofex-Terminkurs lag zum 30.9.08 bei \$ 3,065, zum 1.12.08 bei \$ 3,1050, zum 2.1.09 bei \$ 3,1290, zum 31.3.09 bei \$ 3,1930, zum 30.6.08 bei \$ 3,2550 und zum 31.3.10 bei \$ 3,49.

Die ZB-Reserven betragen um 4.7.08 u\$ 47,50 Mrd., und lagen um 1,89% unter dem Stand vor 30 Tagen und um 2,86% über Ende 2007. Der Notenumlauf betrug \$ 76,41 Mrd., um 3,86% über dem Stand vor 30 Tagen und um 2,14% über Ende 2007.

Die gesamten Depositen des Bankensystems betragen zum 4.7.08 \$ 207,35 Mrd. In einer Woche nahmen sie um 0,67% ab, in 30 Tagen um 0,64% zu und seit Ende 2007 um 8,33% zu. Es fanden in diesem Jahr starke Zunahmen bei Fristdepositen statt: 31,56% bei Depositen von 60 auf 89 Tage, 47,24% bei Fristen von 90 auf 179 Tage und 77,12% bei Fristen von 180 auf 365 Tage. Die Banken waren mit ihrer Politik der starken Anhebung der Zinsen für diese Depositen erfolgreich.

Der Merval-Aktienindex ging in

einer Woche zum Donnerstag um 2,41% zurück, bei einem Verlust von 12% ab Ende 2007.

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires zu einem Zinssatz von 14,25% gehandelt (Vorwoche: 14,56%), auf 60 Tage zu 15,16% (16,56%), auf 90 Tage zu 16,65% (19,09%), auf 120 Tage zu 17,19% (19,09%), auf 180 Tage zu 18,61% (18,94%) und auf über 180 Tage zu 22,37% (21,33%).

Der Goldpreis betrug in Buenos Aires bei 18 Karat \$ 61,99 pro Gramm (Vorwoche: \$ 58,86), Pund bei 24 Karat \$101,10 (\$ 97).

Der Rindfleischpreis schloss letzte Woche auf dem Markt von Liniers für Ochsen zwischen 431 und 490 kg unverändert zu \$ 3 je kg Lebendgewicht, und bei schweren Ochsen von über 491 kg auch unverändert zu \$ 2,45 bis \$ 2,80.

Das Projekt über die Verlegung der Sarmiento-Vorortseisenbahn in einen Schacht wurde stillgelegt, nachdem das Landesrisiko 600 Basispunkte überschritten und die Rate der Defaultversicherung

(Credit default swaps) 800 Basispunkte überstieg. Für dieses Objekt war ein Kredit von einer Milliarde Dollar der Banken Credit Suisse und DEEPA vorgesehen. Doch die Zinsen stiegen seit der Zuteilung (an den Konzern der lokalen Iecsa und Comsa, der brasilianischen Odebrecht und der italienischen Ghesa) von 9,5% auf 16%, was den Finanzierungsbetrag stark erhöhte.

Der Wirtschaftsjournalist Ismael Bermudez hat in der Zeitung "Clarín" (13.8.08) darauf hingewiesen, dass gemäss der Preisstatistik des Statistischen Amtes (INDEC) der Preis für Gemüse in 12 Monaten zum Juni 2008 um 32,1% abgenommen hat, während der Obstpreis um 8,8% zugenommen hat, so dass sich für Saisonprodukte gesamthaft eine Abnahme von 15,1% ergibt. Auch bei äusserer Bekleidung fand in dieser Periode laut INDEC eine Abnahme von 13,4% statt. Das Amt gibt keine Erklärung über diese eigenartige Entwicklung. Nachdem jedoch dieses Jahr die Methode der Berechnung des Indices der Konsumentenpreise geändert wurde, und bei frischen Lebensmitteln der Inhalt des Korbes gemäss den Jahreszeiten geändert wird (unter der Annahme, dass die Produkte, die jeweils produziert werden, billiger sind und daher in grösseren Mengen konsumiert wer-

den), ist es möglich, dass der veränderte (billigere) Warenkorb vom Juni 2008 mit einem unveränderten (und teureren) vom Juni 2007 verglichen worden ist. Das hätte das INDEC jedoch aufklären müssen.

Das Unternehmen "Generación Mediterranea", der Gruppe Albanesi, berichtet, dass im August 120 KW zusätzlich im Kraftwerk zur Verfügung stehen werden, das das Unternehmen in Rio Cuarto, Córdoba, betreibt. Ende des Jahres werden dank einer dritten Turbine weitere 60 MW zur Verfügung stehen. All dies stellt eine Investition von \$ 180 Mio. dar, die im Rahmen des Planes "Energía Plus" durchgeführt wurde, der freie Tarife für zusätzlich erzeugten Strom erlaubt. Da Strom knapp ist, müssen die Unternehmen, die mehr Strom beanspruchen, diesen wesentlich höheren Tarif zahlen.

Die Firma Jomo hat in Salta für \$ 1 Mio. eine Anlage zur Wiederverwendung von gebrauchten Kunststoffen mit einer Kapazität von 150 t monatlich errichtet. Es handelt sich vor allem um PVC-Flaschen.

Die ZB hat dem Schatzamt in 5 Monaten 2008 schon \$ 2,6 Mrd. übertragen, die aus Gewinnen der Vorjahre stammen. Im Haushaltsge-

Wirtschaftswachstum von 8% im Mai?

Das Statistische Amt (INDEC) hat den EMAE-Index für Mai mit einer interanuellen Zunahme von 8% und von 1,4% gegenüber April. bekanntgegeben. Dieser Index ist eine grobe BIP-Berechnung auf Grund kurzfristig verfügbarer Daten und vorbestimmter Annahmen. Erfahrungsgemäss ist die Abweichung gegenüber der endgültigen BIP-Berechnung nicht gross. In den ersten 5 Monaten des Jahres ist die Wirtschaft somit gegenüber der gleichen Vorjahresperiode um 8,4% gewachsen.

Das Mai-Ergebnis wurde allgemein, und besonders von Wirtschaftlern, in Frage gestellt. Als Folge des Konfliktes der Landwirtschaft hat die Wirtschaft eine spürbare Abkühlung erlebt, die vornehmlich der Einzelhandel im Landesinneren und die Landmaschinenindustrie spürt. Abgesehen davon verzeichnet sowohl die Industrie wie die Bauwirtschaft im Mai gegenüber April einen leichten Rückgang, von 0,3%, bzw. 3,3%. Die Dienstleistungen werden zu laufenden Werten erfasst, die dann durch Anwendung des Indices der Konsumentenpreise in konstante Werte umgewandelt werden. Somit wird die Fälschung, die bei diesem Index besteht, auf den EMAE-Index übertragen.

Die Wirtschaft trat mit grossem Schwung in das Jahr 2008 ein, was zunächst noch dadurch verstärkt wurde, dass viele Industriebetriebe ihre Produktion vorverlegten, weil sie im Winter mit Stromsperrern rechneten. Aber auch die hohe Weizenernte hat zum guten Ergebnis der ersten Monate beigetragen. Im ganzen Jahr wirkt sich die Rekordernte aus, von der die Hälfte auf Sojabohne entfällt, wobei die Weltmarktpreise stark über den vorjährigen liegen. Die privaten Wirtschaftler, die sich mit Konjunkturanalysen befassen, hatten ursprünglich für ganz 2008 mit einer BIP-Zunahme von etwa 8% gerechnet, und sind jetzt um zwei Punkte heruntergegangen, die den nicht aufholbaren Schaden des völlig unnötigen Konfliktes zwischen der Regierung und den Landwirten entfällt. Das sind umgerechnet über u\$ 6 Mrd., die verloren gegangen sind, die zu Fiskaleinnahmen von über einer Milliarde Dollar geführt hätten, weit mehr als durch die Erhöhung der Exportzölle auf Sojabohne minus die Subventionen an kleine Produzenten erwartet wurde.

setz waren \$ 1,2 Mrd. vorgesehen, doch für ganz 2008 wird mit \$ 4,5 Mrd. gerechnet. Das Schatzamt braucht diese Mittel, um Schuldensamortisationen zu zahlen, da neue Staatsbonds nur in Venezuela in beschränktem Umfang untergebracht werden können.

Die gesamten Ausgaben für Gesundheitsbetreuung lagen in Argentinien 2007 gemäss Daten der Ministerien für Wirtschaft und Gesundheit, plus Ausgaben privater Stiftungen wie I-Salud, mit \$ 51,73 Mio. bei 6,6% des Bruttoinlandsproduktes. In Europa sind es über 8% des BIP, und in den USA über 14%. 2002 waren diese Ausgaben auf knapp über \$ 20 Mio. gefallen, und sind von da an ununterbrochen gestiegen. 2008 wird mit \$ 64,66 Mio. gerechnet. Von der Gesamtbevölkerung von fast 40 Mio. Menschen werden 12,84 Mio. von gewerkschaftlichen Sozialwerken betreut, 5,94 Mio. von provinziellen, 3,17 Mio Rentner vom PAMI und 3,30 Mio. Personen von privaten Krankenkassen ("prepagas"). 15,87 Mio. Menschen haben keine Gesundheitsversicherung und 1,5 Mio. haben eine doppelte. Die Sozialwerke hatten 2007 ein Budget von \$ 16,21 Mrd., das PAMI eines von \$ 4,48 Mrd., und die privaten Krankenkassen eines von \$ 6,12

Mrd. Der Staat (Nation und Provinzen) hat für seine Hospitäler ein Budget von \$ 14,70 Mrd., und weitere \$ 10,22 Mrd. entfallen auf rein private ärztliche Dienste, Unternehmen, die ihre Belegschaft direkt betreuen, sowie auf gemeinnützige Organisationen.

Der Beschluss des Wirtschaftsministeriums 137/08 (Amtsblatt vom 14.08.08) führt die großzügigen Rückerstattungen für Fischereieporte wieder ein. Die Rückvergütungen liegen bei bis zu 10% und verursachen laut dem Staatssekretär für Fischerei Gerardo Nieto jährliche Staatskosten von etwa u\$ 20 Mio. Die Resolution enthält eine lange Liste an etwa 50 Produkten – traditionelle Exportprodukte wie Seehecht und Tintenfisch und neuartige wie Forelle und Pacú – für die Rückerstattungen zwischen 1% und 10% gezahlt werden sollen. Die Rückzahlungen für die Fischerei waren seit 2005 durch den Ex-Minister Roberto Lavagna praktisch abgeschafft worden. Nieto rechtfertigt die Rückkehr zu der Maßnahme durch die strukturelle Krise des Fischereisektors. Die Rentabilität wird geringer, interne Kosten nehmen zu und die internationalen Preise der wichtigsten Produkte, wie Tintenfisch und Riesengarnelen, fallen stark. Vie-

le Unternehmen haben deshalb die Gläubiger vor Gericht einberufen, und etwa 50.000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. Im vergangenen Jahr wurden 540.000 Tonnen Fischereierprodukte im Wert von u\$ 1,1 Mrd. verschifft – ein Abfall um 14% gegenüber 2006.

Der Vorstand der Weltbank hat Argentinien ein Darlehen in Höhe von u\$ 20 Mio. bewilligt. Damit soll die argentinische Regierung bei ihrem Bestreben, den öffentlichen Sektor effizienter und kosteneffektiver zu gestalten, gefördert werden. Mit dem Geld soll die zweite Phase des Projektes SINTyS (Sistema de Identificación Nacional Tributario y Social) finanziert werden. Dies hat zum Ziel, soziale und fiskalische Informationen von Individuen zu strukturieren und zentralisieren, die sich derzeit in verschiedenen Regierungsstellen befinden. Mit dem fertigen SINTyS würde Argentinien weltweit eine Vorreiterrolle bezüglich seines IT-Systems einnehmen, denn es vereinfacht den Austausch zwischen allen sozialen Datenbanken auf Landes-, Provinz- und städtischer Ebene.

Cristóbal López, argentinischer Großunternehmer (Spielkasinos u.a. Unternehmen) und Freund von Néstor Kirchner, hat ein Erdöllager in der Provinz von Chubut für etwa u\$ 21 Mio. verkauft. Pluris Energy, ein Erdölunternehmen aus Houston Texas, das seine Geschäfte völlig auf Argentinien konzentriert, wird sich mit 75% der Konzessionen von Clear S.R.L. – dem Unternehmen von López – in Cerro Negro in der Provinz von Chubut niederlassen. Neben der Barzahlung wird Clear auch 3 Mio. Stammaktien von Pluris erhalten. In Cerro Negro werden etwa 250 Barrel Erdöl täglich gefördert.

Die Regierung von Misiones plant den Bau von 5 kleinen Wasserkraftwerken, um den ungedeckten Energiebedarf von 20 bis 30 Mw seiner eigenen Wirtschaft zu decken. Dieser Plan wird mindesten u\$ 26 Mio. kosten, um für die Region unabhängig vom Land 21,6 Mw zu generieren. Erfolge soll dies durch den Bau von kleinen und mittleren Staudämmen in Bächen, die in Flüsse in Uruguay und Paraná münden. Vicente Rodero, Projektverantwortlicher, erklärte, dass diese zwischen 1 und 8,4 Mw generieren könnten, wenn die gesamte Strecke der Wasserläufe von 30.000 km ausgenutzt wird. Der Gouverneur Mauricio Closs hat an das Provinzparlament einen Gesetzesentwurf geschickt, um den gesetzlichen Rahmen der Initiative festzulegen. Diese nimmt sich ein Modell als Vorbild, das seit einigen Jahren im Rio Grande do Sul in Brasilien eingesetzt wird.

Mit einer Investition von \$ 33 Mio. hat Edesur als Teil seiner Baupläne für dieses Jahr im Juni ein neue Stromverteilungsanlage in der Stadt Glew (Almirante Brown) in

Betrieb genommen. Dieses kommt den 300.000 Einwohnern der Orte Burzaco, Longchamps, Glew, Monte Grande (Esteban Echeverría) und Guernica (Presidente Perón) zugute.

Das kolumbianische Verlagshaus Publicaciones Semana hat einen Teil des Aktienpaketes der argentinischen Grupo Q gekauft. Diese publiziert in Argentinien unter anderem die Zeitschriften Susana, Playboy, Fashion TV, El Gourmet.com, Miradas und PCWorld. Das Management der Grupo Q wird seine aktuellen Positionen weiter bekleiden. Das 25 Jahre alte Unternehmen Publicaciones Semana ist eines der wichtigsten kolumbianischen Verlagshäuser.

Der Verkauf von neuen Wohnungen ist laut einer Umfrage der UADE (Universidad Argentina de la Empresa) bei Immobilienbüros im der Bundeshauptstadt und dem Großraum Buenos Aires im Vergleich mit dem gleichen Monat des Vorjahres um 71% zurückgegangen. Die Tendenz der Verkaufspronosen ist fallend.

Das Landwirtschaftssekretariat hat an kleine Tabakproduzenten in Salta Maschinerie und Materialien im Wert von \$ 2,2 Mio. aus einem speziellen Fond für die Tabakindustrie ausgegeben. Dadurch sollen bessere Arbeitsbedingungen sichergestellt werden. Darüber hinaus wurde ein gemeinschaftliches Anbaugelände von etwa 500 Hektar eingeweiht.

Der ehemalige Wirtschaftsminister (1991-96) Domingo Cavallo hat davor gewarnt, dass in Argentinien eine unterdrückte Inflation von bis auf 125% besteht, die sich in zwei bis vier Jahren komplett entladen werde. Darüber hinaus gebe es Risiken für einen institutionellen Knall, und das Land würde auf eine Stagnation kombiniert mit Inflation (Stagflation) zusteuern.

Die Stiftung Fundelec (Fundación para el Desarrollo Eléctrico Argentino) hat ermittelt, dass der landesweite Stromkonsum im Juni um 4% über dem gleichen Vorjahresmonat lag, und somit einen historischen Rekordstand erreicht hat. In der Bundeshauptstadt und Umgebung, plus La Plata und Umgebung, betrug die interanuelle Zunahme 3,14%, im Landesinneren hingegen 4,71%. Die höchsten Zunehmeraten weisen La Pampa (19,7%), Santiago del Estero (13,9%) und Chubut (10,9%) auf. Die höchste Leistung wurden am 23. Juni mit 19.126 MW erreicht. 53,4% des Stromkonsums vom Juni stammt aus Wasserkraftwerken, 32,9% aus Wasserkraftwerken und 6,7% aus Kernkraftwerken.

Durch Gesetz 26.392 (Amtsblatt vom 15.8.08) wurde das Abkommen zwischen Argentinien und Israel über landwirtschaftliche Koopera-

tion genehmigt, das am 22.1.06 unterzeichnet worden war. Israel verfügt über fortgeschrittene Technologie für Landwirtschaft in trockenen Gegenden, die in Argentinien weite Flächen bedecken.

Die Rindfleischproduktion ist im Mai gegenüber April um 21,9% (gleich 64.184 t) und um 12,2% gegenüber Mai 2007 auf 229.429 t zurückgegangen.

Die gesamten Bankkredite an die Privatwirtschaft nahmen im Juni um \$ 1 Mrd. zu, und lagen um 39% über Juni 2007. Im Mai hatte die interanuelle Zunahme 42% betragen.

Am Dienstag schrieb die ZB Wechsel für \$ 400 Mio. aus, und erhielt dabei Angebote für \$ 540 Mio., von denen \$ 501 angenommen wurden. Fast alle Angebote bezogen sich auf Nobac auf ein Jahr mit variablem Badlar-Satz (Durchschnitt der Zinsen auf Fristdepositen von über \$ 1 Mio. auf 30 Tage). Auf Lebac auf 98 Tage wurde 11,15% gezahlt, auf Nobac auf 364 Tage, Badlar-Satz plus 2,5%.

LDC (Louis Dreyfus Commodities) baut ein Hafenterminal in Bahía Blanca. Dieses wird der Annahme, Lagerung und Verschiffung von Agrarprodukten dienen und etwa u\$S 130 Mio. kosten. Der Genehmigung von der Regierung in Buenos Aires erhielt das Unternehmen im April, danach dauerte es wenig mehr als zehn Tage, bis die Führungskräfte von Louis Dreyfus den Konzessionsvertrag mit der Leitung des Hafens von Bahía Blanca gefestigt hatten. Die Firma darf ein 16 ha großes Gebiet und eine Wasserfläche von etwa 2.000 qm für einen Zeitraum von 30 Jahren in dem ‚Cangrejales‘ genannten Sektor nutzen. Louis Dreyfus, einer der größten Händler mit Agrarprodukten

weltweit, ist der drittgrößte Exporteur in Argentinien. In diesen Tagen beendet sie außerdem den Bau einer der weltweit größten Biodieselanlagen mit einer Produktionskapazität von 300 Mio. Tonnen jährlich.

Angestellte in Kliniken sowie in Analyse- und Diagnosezentren haben am Mittwoch mit den Unternehmen des Gesundheitssektors eine Gehaltserhöhung um 25% vereinbart. Das Gremium hatte die Gehaltsdiskussion vorverlegt und das Abkommen wird noch vor dem 30. November gültig sein. Die Gehaltserhöhung wird gestaffelt (15% ab dem 1. August und weitere 10% ab dem 1. Dezember) und betrifft alle Zulagen zum Grundlohn.

Die argentinische Hotelkette Amerian hat ein neues 5-Sterne-Hotel in Puerto Iguazú eröffnet. Der Bau des Hotels kostete u\$S 10 Mio. Es liegt 15 km von den Wasserfällen entfernt und hat 102 Hotelzimmer.

Die Anzahl der ausländischen Touristen in Argentinien stieg laut Umfragedaten der Turismo Internacional im Mai um 10,1% gegenüber dem Vorjahr. Über den Ezeiza kamen 177.666 Touristen in das Land. Brasilien mit 50.071 und Chile mit 25.488 Touristen waren die lateinamerikanischen Länder, aus welchen die größte Zahl kam. 33.420 Touristen kamen aus Europa und 21.652 aus den USA und Kanada. Im Mai lag die Anzahl der Argentinier, die über den wichtigsten Flughafen des Landes ausreisten bei 19.165, ein Anstieg um 11,3%. Somit blieb ein positives Saldo von 58.501 Touristen. Die Gesamtausgaben der auswärtigen Touristen betragen im Mai u\$S 231,3 Mio., 33,7% mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

Der Gouverneur von Chubut, Mario Das Neves, hat am Dienstag

in der Stadt Comodoro Rivadavia eine Biodieselfabrik eingeweiht. Diese erste landeseigene Fabrik dieser Art wird es ermöglichen, täglich 30.000 l Biobrennstoffe aus Zuchtalgen herzustellen. Die Raffinerie ist ein gemeinsames Unternehmen der Petroministeria Sociedad del Estado, Biocombustibles del Chubut SA und der Erdölunternehmen Pan American Energy und Petrosur und Teil eines Projektes des Zentrums für alternative Energien. Außerdem werden im August einige Technologieschulen der Provinz mit 14 Destillationsmaschinen für Biobrennstoffe ausgestattet.

Gemäß der jüngsten landwirtschaftlichen Konjunkturdaten der Getreidebörse verursacht die Weizenanssaat derzeit viel höhere Kosten, als im Vorjahr. Die Produzenten müssen für direkte Kosten wie Samen, Düngemittel und Agrochemikalien 127% mehr zahlen, als im gleichen Vorjahresmonat. Somit haben sie beschlossen, die Fläche auf welcher sie Weizen anbauen, um 13% zu verkleinern. In den letzten Monaten haben Niederschläge den Anbau von Weizen begünstigt, und dieses Getreide nimmt 61,7% der nationalen Anbaufläche ein. Trotzdem gibt es Rückstände von 12,4% gegenüber dem Vorjahr.

Der Verband der Kfz-Agenturen schätzt, dass im Juni etwa 48.000 Kfz registriert werden, was 5% weniger als im gleichen Vorjahresmonat wäre. Es wäre das erste Mal seit der Krise von 2002, dass ein Monat unter dem Vergleichsmonat des Vorjahres liegt.

Das Gasverteilungsunternehmen Gas Natural BAN hat Obligationen für \$ 125 Mio. auf 2 Jahre auf dem lokalen Markt zu 4,20% über dem Badlar-Satz untergebracht, was gegenwärtig einen Zinssatz von leicht über 20% er-

gibt. 85% der Emission wurde von Rentenkassen und Versicherungsgesellschaften gezeichnet.

Der Hüttenverband (CIS, Centro de Industriales Siderúrgicos) berichtet, dass die Rohstahlproduktion im Juni mit 493.900 t um 1,1% über Mai und um 10,7% über Juni 2007 lag. Bei warmgewalzten Produkten erreichte die Produktion im Juni 471.900 t, 3,7% weniger als im Mai, aber 12,6% über dem Vorjahr. Bei nicht-flachen Walzprodukten, wie nahtlosen Stahlröhren, lag die Produktion im Juni mit 224.000 t um 5% unter Mai, aber um 23,5% über dem Vorjahr. Kaltgewalzte Produkte lagen im Juni mit 139.700 t um 1,6% über Mai und um 14,3% über Juni 2007.

Papel Misionero hat Investitionen von \$ 135 Mio. binnen 36 Monate bekannt gegeben. Der größte Teil des Geldes ist für den Aufbau einer, mit durch Biomasse gewonnener Energie betriebener, Fabrik geplant, um Öl als Treibstoff zu ersetzen. Papel Misionero sitzt in Puerto Leoni, Provinz Misiones, und hat mehr als 350 Angestellte.

Boldt, das Trilenium und andere Casinos in der Provinz BsAs betreibt, hat sich mit Inverama zusammengeschlossen, um alle Aktien mit dem Titel Grainco des Casinos Puerto Santa Fe zu kaufen. Beide Unternehmen teilen die Kaufsumme von u\$S 13,7 Mio. gleichmäßig auf. Boldt betreibt außerdem Casinos in Tigre, Mar del Plata, Miramar, Mar de Ajó, Pinamar, Valeria del Mar und Necochea.

Der Präsident des Sojaverbandes, Rodolfo Rossi, ist der Meinung, dass die Anbaufläche für Sojabohne in der Periode 2008/09 bis zu 900.000 ha steigen wird. Grund dafür seien die hohen Anbaukosten von Mais und Sonnenblumen.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die Exportzölle

Nach der Schlappe, die die Regierung im Parlament erlitten hat, stellt sich jetzt grundsätzlich die Frage der Exportzölle. Vorher standen diese nicht zur Diskussion, da diese Steuern stillschweigend angenommen oder zumindest geduldet wurden, einmal als der reale Kurs im Jahr 2002 in die Höhe gesprungen war, und dann als die Preise der argentinischen Exportcommodities eine nie dagewesene Hausse erlebten, mit Zunahmen der Weltmarktpreise von 200% und mehr. Exportzölle hat es in Argentinien schon im 19. Jahrhundert gegeben, und im 20. Jahrhundert in verschiedenen Perioden direkt oder über eine Devisenbewirtschaftung mit Kursdifferenzen für Kauf und Verkauf, oder verschiedenen Wechselkursen. Auch in Perioden, in denen sie angeblich abgeschafft wurden, wie ab 1976 und dann ab 1991, bestanden Exportzölle für Ölsaaten, um Speiseöl und Sojamehl u.a. Nebenprodukte zu begünstigen, die in Europa und vielen Ländern mit einem höheren Zoll als die Rohstoffe belastet werden. Gegenwärtig bestehen Exportzölle oder Exportbeschränkungen (die eine ähnliche Wirkung haben) für bestimmte Produkte in etwa 40 Ländern.

Es ging dieses Mal hier nicht um die Exportzölle als solche, sondern um das Ausmass dieser Zölle und die Einführung einer progressiven Skala im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen. Bei Steuern muss man

stets vernünftig handeln und den Sinn für Mass und Mitte bewahren. Dafür gibt es kaum objektive Massstäbe; es ist eine Sache der Erfahrung und des gesunden Menschenverstandes. Wenn die Sätze der Gewinnsteuer plötzlich verdoppelt würden, dann würden die Betroffenen wohl auch auf die Strasse gehen.

Die Kirchners haben die Exportzölle bei Getreide und Ölsaaten prinzipiell mit dem Argument verteidigt, dass dadurch die internen Lebensmittelpreise unter den internationalen liegen, so dass die Bevölkerung mit billigen Lebensmitteln versorgt wird. Ausserdem werden dann die Einnahmen, die das Schatzamt durch diese Zölle erhält, für soziale Ausgaben eingesetzt, so dass eine doppelte Sozialpolitik betrieben wird.

Die Vertreter der Landwirtschaft kontern, dass sie mit Exportsteuern auch vor der Erhöhung stark zur Lebensmittelverbilligung und zur Staatskasse beitragen, wobei sie ausserdem noch die Gewinnsteuer, die MwSt. u.a. Steuern und Sozialabgaben zahlen. Wenn jedoch die Produktion durch zu hohe Sätze der Exportsteuern belastet wird, dann wird schliesslich weniger produziert, oder auf alle Fälle weniger als möglich. Die Landwirte betonen, dass zuerst produziert werden muss, bevor man an Einkommensverteilung denkt.

Der Anbau von Sojabohne u.a. Arten in Grenzgebieten, wo die Erträge niedrig sind und die Ernten wegen unzureichendem Regen oft ganz verloren gehen, erfordert einen höheren Preis als in der Zentralge-

gend der sogenannten feuchten Pampa. Ebenfalls treten höhere Kosten ein, wenn intensiv gedüngt wird, wobei zu berücksichtigen ist, dass Düngemittel und allerlei Chemikalien für die Landwirtschaft im Zuge der Erdölhaussiege viel teurer geworden sind. Die Landwirte weisen schliesslich auch auf die regionale Verteilung des Volkseinkommens hin. Exportzölle verlagern Einkommen vom Land auf die städtischen Gegenden und verhindern schliesslich, dass im Landesinneren mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, so dass die interne Migration von armen ländlichen Gegenden in die Umgebung der Grossstädte, meistens in Elendsvierteln, zumindest verringert wird.

Obwohl die Ablehnung des Gesetzesprojektes über die Bestätigung des Beschlusses 125 des Wirtschaftsministeriums vom 11.3.08, den Beschluss als solchen nicht antastet, der somit wirksam blieb, hat die Präsidentin den Willen des Parlamentes richtig interpretiert und gestern Nachmittag per Dekret den Wirtschaftsminister beauftragt, jenen Beschluss ausser Kraft zu setzen, so dass vorerst für Sojabohne der Exportzoll von 35% gilt, und auch für Weizen, Mais und Sonnenblume die Sätze, die vor dem 11. März in Kraft waren. Das Dekret wird am Montag im Amtsblatt veröffentlicht. Obwohl das Gesetzesprojekt in der Deputiertenkammer mit knapper Mehrheit genehmigt worden war, und sich im Senat eine Pattsituation ergab, die Vizepräsident Cobos gegen das Projekt entschied, ist es in Wirklichkeit so, dass eine grosse Mehrheit der Abgeordneten und Senatoren unter starken Druck gesetzt wurden, damit sie für die Regierung stimmen. Sie standen innerlich auf der Seite der Landwirte, wobei für manche diese Loyalität mit der Regierung hohe politische Kosten in ihrer Provinz hatte. Jetzt können sie wieder aufatmen. Ende gut, alles gut. Jetzt wird voraussichtlich ein hoher Verkauf (und Export) von Sojabohne und Mais eintreten, der sich unmittelbar positiv auf die Konjunktur auswirken dürfte.

Indessen wurde bei dieser langdauernden Diskussion eine Pandora-Büchse geöffnet. Denn jetzt werden die Exportsteuern allgemein in Frage gestellt. Wenn es zu Klagen vor Gericht kommt, kann man davon ausgehen, dass schliesslich der Oberste Gerichtshof (wahrscheinlich in einem "per Saltum", um das Verfahren zu beschleunigen) die Exportzölle als solche verfassungskonform erklären wird, da man den betreffenden Artikel der Verfassung in diesen Sinn auslegen kann.

Doch sofort stellen sich zwei weitere Fragen: einmal, ob die Exportzölle vom Kongress oder von der Exekutive festgesetzt werden. Das Zollgesetz von Januar 1981 bestimmt, dass die Regierung sie festsetzen kann. Da dieses Gesetz aus der Zeit der Militärregierung schon 1984 vom Kongress in einem Artikel geändert wurde, kann man dies dahingehend auslegen, dass das Gesetz als solches bestätigt wurde. Ohnehin sind Gesetze der Militärregierung prinzipiell gültig, solange sie nicht ausdrücklich ausser Kraft gesetzt oder geändert werden.

Die zweite Frage bezieht sich auf die Höhe der Sätze, und wann ein Satz als konfiskatorisch betrachtet werden kann. Der Oberste Gerichtshof hat in den 30er Jahren entschieden, dass ein Satz von über 33% konfiskatorisch war. Der jetzige Oberste Gerichtshof kann dies anerkennen oder nicht. Streng genommen ist eine Steuer konfiskatorisch, wenn sie die Substanz, also das Vermögen, angreift. Doch der Begriff wird allgemein als Synonym für "übertrieben" eingesetzt, und hier ist

Die Rückverstaatlichung von Aerolíneas Argentinas

Den Kirchners und ihren ideologischen Kumpanen ist die starke Präsenz ausländischer Unternehmen bei öffentlichen Diensten u.a. Unternehmen, die in den 90er Jahren privatisiert wurden, ein Dorn im Auge. Sie wollen entweder, dass eine starke Beteiligung (wenn möglich eine Kontrollmehrheit) lokaler (befreundeter) Unternehmer besteht, oder sonst eine Verstaatlichung stattfindet. Bei einigen Unternehmen der Elektrizitätsbranche und bei YPF wurde das erste Schema angewendet, bei Aguas Argentinas, der Post, der San Martín-Vorortseisenbahn, der Kontrolle des Flugverkehrs durch Thales Spectrum, dem

Kohlenbergwerk von Rio Turbio und bei der Werft Tandanor, wurde verstaatlicht.

Jetzt ist Aerolíneas Argentinas an der Reihe. 5% des Kapitals gehören schon dem argentinischen Staat, und dieser Anteil sollte auf 15% erhöht werden, gegen Verrechnung mit staatlichen Forderungen. Dies steht jedoch noch aus, weil keine Einigkeit über die Aktienbewertung zustande gekommen ist. Jetzt will die Regierung jedoch das ganze Unternehmen übernehmen; zu diesem Zweck wurden zunächst während fast fünf Jahren Bedingungen geschaffen, die zu Verlusten führten, und schliesslich den Zusammen-

bruch herbeiführen mussten. Das ist eine kalte Verstaatlichung. Das Unternehmen wurde mit dieser Strategie völlig entwertet, so dass es schliesslich für eine Pappenstil übernommen werden kann. Die Marsans-Gruppe, die das private Aktienpaket hält, hat sich jetzt bereit erklärt, über den Verkauf an den argentinischen Staat zu verhandeln, wobei es hier grundsätzlich um den Preis geht, der gewiss nicht einfach zu ermitteln ist. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Die Aktiengesellschaft Aerolíneas Argentinas S.A. hat schon 1991 ein Vergleichsverfahren vor Gericht beantragt, das nicht abge-

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

man auf die Vernunft, den Sinn für Realität und den gesunden Menschenverstand der Richter angewiesen, die die oberste juristische Instanz des Landes bilden. Logischerweise sollte der Kongress sich jetzt mit der Ausarbeitung einer neuen Rahmenordnung für Exportzölle befassen, wobei mehrere Abgeordnete und Senatoren schon Projekte vorgelegt haben. Wie weit das Parlament dann direkt die Sätze bestimmt, oder nur Richtlinien für die Exekutive festsetzt, mit einer Höchstgrenze und einer Beziehung der Exportzölle auf die Weltmarktpreise und den realen Wechselkurs, sei dahingestellt. Beiläufig ist noch ein anderes Problem aufgetreten. Das Regelwerk des Mercosur verbietet Exportzölle unter den Mitgliedern. Als Argentinien bei der Zusammenkunft in Tucumán auf der eigenen Entscheidungsgewalt bezüglich Exportzöllen beharrte, entgegnete der Vertreter von Uruguay, dass dies auf alle Fälle der Genehmigung der Mercosur-Behörde bedürfe. Es besteht kein Zweifel, dass Exportzölle mit einem gemeinsamen Markt unvereinbar sind, auch wenn dieser unvollständig ist. Sie könnten bestenfalls als Notmassnahme für eine bestimmte Zeit zugelassen werden.

Eine Lösungsmöglichkeit bestünde darin, die Exportzölle als Vorschuss auf die Gewinnsteuer und eventuell auf andere Steuern zu gestalten, indem den Landwirten gestattet wird, einen bestimmten Prozentsatz auf ihren Umsatz von der Gewinnsteuer abzuziehen. Das hätte jedoch die Folge, dass die grossen Landwirte, die einer ständigen Kontrolle des Steueramtes unterliegen, die Exportzölle schliesslich nicht oder nur in geringem Umfang zahlen würden, die vielen kleinen und mittleren Landwirte, die die Gewinnsteuer u.a. Steuern weitgehend hinterziehen, diesen Vorteil nicht hätten. Theoretisch ist das in Ordnung, da man davon ausgehen muss, dass alle, die von den Steuern erfasst werden, sie zahlen müssen. Aber politisch ist der Fall nicht einfach. Der Staat würde dabei Einnahmen verlieren, auch wenn sich die Steuerbehörde ernsthaft mit der Kontrollproblematik bei der Landwirtschaft befasst und dabei erfolgreich ist.

Bei der öffentlichen Diskussion haben sich Wirtschaftler wie M.A. Broda dafür eingesetzt, die Exportzölle abzuschaffen und statt dessen eine nationale Bodensteuer einzuführen. Nun wird der landwirtschaftliche Boden ohnehin schon stark besteuert, einmal durch die Gemeinden, dann durch die Provinzen, und schliesslich auf nationaler Ebene indirekt durch die Steuer auf persönliche Güter. Eine starke Erhöhung der Bodenbesteuerung wäre noch viel konfliktiver als die Exportzölle, weil es eine feste Steuer ist, die in schlechten Jahren, in denen sich Verluste oder sehr niedrige Gewinne ergeben, oft nicht gezahlt werden kann. Und wenn diese Steuer niedrig angesetzt wird, dann geht die Rechnung mit dem Verlust der Einnahmen aus den Exportzöllen eben nicht auf.

geschlossen ist, weil einige kleinere Gläubiger nicht bereit sind, einen relativ bedeutenden Abschlag auf ihre Forderungen anzunehmen. Die gesamten Passiven wurden von Transportsekretär Ricardo Jaime auf u\$8 890 Mio. veranschlagt, von denen u\$8 150 Mio. auf Austral entfallen.

Die Firma gibt an, dass die Passiven, deren Zahlung aussteht, u\$8 240 Mio. ausmachen. Dies stimmt mit der Angabe von Jaime überein. Hinzu kommen u\$8 126 Mio., die auf Käufe (oder Leasing) von Flugzeugen entfallen, u\$8 147 Mio. auf Rückstellungen, u\$8 145 Mio. auf vorverkaufte Passagen, u\$8 49 Mio. auf indirekte Schul-

den und u\$ 14 Mio. auf die Forderung der Bank Banesto, die in das Vergleichsverfahren eingeschlossen ist. Die Gesamtschuld würde somit unter u\$ 600 Mio. liegen, wobei dann noch die Schuld der Schwestergesellschaft Austral hinzukommt, bei der jedoch kein Konkursverfahren besteht. Indessen wächst die Schuld täglich weiter an, wobei ein Betrag von u\$ 30 Mio. pro Monat erwähnt wurde.

In letzter Zeit verfügt das Unternehmen nicht einmal über die notwendigen Mittel, um Gehälter und Brennstoff zu zahlen. Die letzten Tarifierhöhungen und die Brennstoffsubvention, die für den 1. Januar versprochen worden waren, kamen mit vielen Monaten Verspätung, während denen sich Riesenverluste angesammelt haben, allein von u\$ 200 Mio. in diesem Jahr. Doch das Problem wurde nicht gelöst: der Verlust dauert an, angeblich jetzt mit u\$ 30 Mio. pro Monat. Von den 47 Flugzeugen von AA, mussten 21 stillgelegt werden, und von 21 der Schwestergesellschaft Austral, fliegen derzeit 8 nicht. Denn die Wartungskosten können auch nicht bezahlt werden. Marsans ist nicht bereit, frisches Geld beizutragen, was verständlich ist. Somit musste der Staat einspringen (über die Banco Nación und das Schatzamt), damit überhaupt der interne Luftverkehr bestehen bleibt. In den letzten Tagen hat das Schatzamt über \$ 100 Mio. beigetragen, vornehmlich für Wartung der Flugzeuge, zu denen noch ein Kredit der Banco Nación für Gehälter der 9.000 Angestellten kommt. Rein technisch befindet sich das Unternehmen im Zustand der Zahlungsunfähigkeit und somit in Konkurs. Dieser hat jedoch eine besondere Eigenart, nämlich die, dass ihn die Regierung provoziert hat. Für diesen Schaden wird die Regierung jedoch kaum aufkommen, obwohl Marsans eine Entschädigung dafür fordert.

Die Regierung hat zunächst

versucht, einen lokalen Unternehmer in der Person von Juan Carlos Lopez Mera, Inhaber von Buquebus, zu überzeugen, dass er das Kontrollpaket übernimmt. Dieser hat jedoch davon Abstand genommen, weil ein struktureller Verlust besteht, der das Objekt uninteressant macht, auch wenn er das Kontrollpaket praktisch geschenkt erhalten hätte. AA hängt von Regierungsentscheidungen ab, die sich auf Tarife, Brennstoffpreise und vor allem auf Gehälter, Arbeitsbedingungen und Umfang der Belegschaft beziehen. Bei einer wenig unternehmerfreundlichen Regierung wie dieser, plus einem besonders gewerkschaftsfreundlichen Arbeitsministerium, muss man somit damit rechnen, dass die bestehenden Schwierigkeiten weiter andauern, und somit auch die Verluste.

Um das Unternehmen in privaten Händen zu erhalten, sei es mit Marsans, Lopez Mena oder anderen, müsste ein politischer Wille in diesem Sinn bestehen, der jedoch bei dieser prinzipiell staatswirtschaftlich eingestellten Regierung nicht vorhanden ist. Die Marsans-Gruppe hat vor längerer Zeit schon eine hohe Investition zur Erneuerung und Erweiterung der Flotte in Aussicht gestellt, sofern die notwendigen Bedingungen für ein rentables Geschäft geschaffen würden. Darauf ist die Regierung jedoch nicht eingegangen, eben weil die Kirchners andere Absichten hatten.

Allein auch bei Übernahme durch den Staat müsste die Regierung eine ähnliche Stellung einnehmen, um einen Riesenverlust zu Lasten des Schatzamtes zu verhindern. Es müssten etwa folgende Massnahmen getroffen werden:

Vereinheitlichung der Gewerkschaften.

Stützung des Unternehmens gegenüber den übertriebenen gewerkschaftlichen Forderungen, mit Einschränkung des Streikrechts.

Genehmigung einer tiefgrei-

henden Rationalisierung, durch Änderung des Arbeitsabkommens, so dass das Verhältnis von Personal zu Passagieren stark verringert wird.

Eine (gesetzliche) Regel für die Festsetzung des Treibstoffpreises, so dass dieser nicht der Willkür der Regierung abhängt.

Eine (ebenfalls gesetzliche) Regel für die Festsetzung der Tarife, oder, als Alternative, freie Tarife bei offenen Himmeln, d.h. Zulassung für den Binnenverkehr von Unternehmen, die jetzt nur internationale Dienste bieten. Dann würde die Konkurrenz das Tarifproblem lösen.

Die zuständigen Beamten scheinen sich jedoch keine Gedanken über diese Punkte gemacht zu haben. Die Regierung wollte AA zunächst über eine vom zuständigen Richter verfügte Intervention übernehmen. Dieser meint jedoch, es handle sich um eine politische Entscheidung, was bedeutet, dass die Regierung die Initiative übernehmen muss, und die Verstaatlichung per Notstandsdekret oder Gesetz verfügen müsste. Diese Entscheidung ist am Donnerstag getroffen worden, wobei einfach das Aktienpaket von Marsans gekauft werden soll. Ob Marsans schliesslich einen Preis für das Aktienpaket erhält, ist fragwürdig, da die Regierung Aktiven mit den Vorschüssen kompensieren will, die sie in letzter Zeit gewährt hat, um AA funktionsfähig zu erhalten. Ausserdem müsste die Lage mit den Gläubigern geregelt werden, die im Prinzip nur einen Teil ihrer Forderung bekämen. Im Grunde wäre es einfacher und juristisch sauberer, dass der zuständige Konkursrichter ein sogenanntes "cram down-Verfahren" einleitet (das das argentinische Konkursrecht 1994 vom US-Recht übernommen hat), durch das Dritten die Möglichkeit gegeben wird, das Unternehmen zu übernehmen, sofern sie einen Vorschlag machen, den die Gläubiger annehmen. Dabei würde Marsans den

Buchwert für ihre Aktien erhalten, der bestimmt nicht hoch wäre. Da sich sonst kaum jemand interessieren würde, kann angenommen werden, dass die Gläubiger einen Vorschlag des Staates annehmen, auch wenn dieser nicht günstig ist. Denn sonst laufen sie Gefahr, überhaupt nichts zu kassieren. Denn wenn AA schliesslich in Konkurs (spanisch quiebra) gerät, dann werden zunächst geschuldete Gehälter, Soziallasten und Steuern gezahlt, danach Hypothekar- und Pfandkredite, so dass für andere Gläubiger kaum etwas übrig bleibt. Eine Liquidierung von AA, bei gleichzeitiger Zulassung internationaler Gesellschaften auf dem Binnenmarkt und Erlaubnis für neue Unternehmen, den internen Verkehr zu bedienen, wäre auch möglich.

Wenn der Staat AA übernimmt, müsste er mehrere Millionen Dollar sofort beitragen, um einen Teil der bestehenden Schulden zu zahlen, vor allem die kurzfristigen, besonders die die sich auf Brennstofflieferung beziehen. Das Schatzamt müsste sofort und danach ständig für den Betriebsverlust aufkommen, der kaum zu vermeiden wäre. Denn der Staat würde sich der Macht der Gewerkschaften nicht widersetzen, sie auch nicht vereinheitlichen, auch keinen Personalabbau durchführen und wohl auch mit den Tarifen eine zurückhaltende Stellung einnehmen. Denn bei Übernahme durch den Staat wird AA zu einem politischen Objekt. Hinzu kämen dann noch die Ineffizienz- und Korruptionskosten, die bei staatlicher Verwaltung unvermeidlich sind. Ferner müsste das Schatzamt für die Erneuerung der Flotte aufkommen, direkt oder durch Garantien für Kredite, die schliesslich dem Staat zur Last fallen. Das Schatzamt müsste wohl mindestens u\$ 500 Mio. pro Jahr besteuern, für Betriebsverlust und Investitionen, und per sofort noch einen Extrabetrag für Zahlung von Schulden und eventuell auch als



The Chemical Company

Preis für die Aktien. Die Staatskasse ist schon überlastet, so dass dies sehr ungelegen käme. Es wäre für den Staat bestimmt viel billiger, einen privaten Betreiber von AA grosszügig zu subventionieren, als das Unternehmen in eigener Regie zu betreiben. Zu diesem Schluss könnte eine kommende Regierung kommen, die sich ernsthaft mit Staatsausgaben befasst.

Man sollte nicht vergessen, dass die Privatisierung von Aerolíneas Argentinas schon unter der Alfonsín-Regierung vorgeschlagen und zaghaft eingeleitet wurde, weil das Unternehmen hohe Verluste hatte, die das Schatzamt nicht tragen konnte. Die Privati-

sierung wurde dann von Menem schon im Jahr 1990 als eine der ersten vollzogen. Doch damals verschärfte sich als Folge des Golfkrieges die weltweite Krise bei der Luftfahrt. Somit gab es wenig Interesse für AA, so dass schliesslich die spanische (staatliche) Iberia, die nicht zu den grossen gehört, das Unternehmen übernahm. Sie erlitt dabei einen hohen Verlust, obwohl sie Flugzeuge verkaufte und versuchte, Synergien herbeizuführen, z.B. indem Europa-Flüge von AA in Madrid endeten und von dort aus von Iberia weitergeführt wurden. Schliesslich gab Iberia auf, die spanische staatliche SEPI übernahm AA, und verkauf-

te sie danach an die Marsans-Gruppe, der es mit diesem Objekt auch nicht gut ging. Abgesehen von der Tatsache, dass die Kirchner-Regierungen nicht bereit waren, dem Unternehmen Bedingungen zu gewähren, die ihm erlaubt hätte, weiter zu bestehen und sich zu entwickeln, besteht gegenwärtig eine neue weltweite Krise der Luftfahrt wegen der brutalen Zunahme der Brennstoffkosten. Das wirkt sich auch auf AA aus, es sei denn, das Schatzamt subventioniert auch den Treibstoff für internationale Flüge.

Der ganze Fall stellt auch einen Konflikt auf Staatsebene mit der spanischen Regierung dar. Der

spanische Staat hat seit der Übernahme von AA durch Iberia hohe Summen beigetragen (es ist die Rede von insgesamt u\$ 3 Mrd.), um das Unternehmen zu erhalten, im Gegensatz zur argentinischen Regierung, die alles getan hat, um es unhaltbar zu machen. Die spanische Regierung hat schon über einen prominenten Sprecher wissen lassen, dass es sich um ein Problem zwischen beiden Staaten handelt, und nicht nur zwischen dem argentinischen Staat und einer Privatfirma. Und Spanien gehört zur Europäischen Union, die mit ihren Mitgliedern solidarisch ist. Der Fall zieht somit weite Kreise.